

Großer Verlust

Immer mehr Altenpflege-Azubis brechen die Ausbildung ab.

Es ist eine erschreckende Zahl: 46 Prozent derjenigen, die 2019 in Nordrhein-Westfalen eine Altenpflege-Ausbildung begannen, hatten diese drei Jahre später nicht abgeschlossen. Es blieb also fast jede*r zweite Azubi ohne Abschluss. Die Abbruchquote in NRW – dem einzigen Land, das diese systematisch erhebt – schwankt. Doch der Trend der vergangenen Dekade ist eindeutig: Immer mehr Auszubildende bleiben auf der Strecke. Diesen Verlust kann sich die Altenpflege nicht leisten. Höchste Zeit

gegenzusteuern! Ein Schlüssel dafür ist eine gute praktische Anleitung der Auszubildenden, meint das ver.di-Mitglied Martin Janke, der als Wohnbereichsleiter und Praxisanleiter in einer freigemeinnützigen Pflegeeinrichtung in Bernau tätig ist. »Eine intensive Begleitung in der Praxis ist sehr wichtig. Denn wenn sie gleich ins kalte Wasser geschmissen werden, fühlen sich Auszubildende häufig überfordert und allein gelassen – und schmeißen vielleicht gleich wieder das Handtuch.« Doch durch Personalmangel

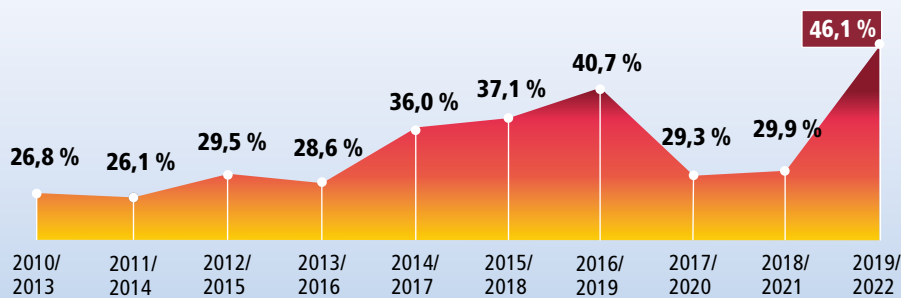
und Dienstplanwechsel falle geplante Praxisanleitung allzu oft aus.

Auch Alexandra Özgül, die in einer diakonischen Einrichtung in Baden-Württemberg für die Organisation der Ausbildung zuständig ist, hält eine gut vorbereitete Anleitung für entscheidend. »Dafür müssen die Anleiter freigestellt werden – das geht nicht nebenher«, betont die erfahrene Altenpflegerin. Sie selbst ist zu 75 Prozent als Praxisanleiterin freigestellt – allerdings als einzige in ihrer Einrichtung mit neun eigenen und weiteren externen Auszubildenden.

»Jeden Donnerstag haben wir Azubi-Tag, an dem die Auszubildenden aller Jahrgänge zusammenkommen. Da lernen sie von mir, aber auch voneinander – das funktioniert richtig gut«, berichtet Alexandra Özgül, die auch bei ver.di aktiv ist. »Dennoch: Auszubildende brauchen insgesamt mehr Unterstützung – sie sind unsere Zukunft.«

Weiterlesen: [➔ t1p.de/grosser-verlust](https://t1p.de/grosser-verlust)

Abbruchquoten in der Altenpflegeausbildung in NRW



Quelle: Gesundheitsministerium NRW

werkzwei Detmold



Befragung von Pflege-Azubis:

Mach mit!

t1p.de/azubipflegereport24

Gesundheit,
Soziale Dienste, Bildung
und Wissenschaft

Tarifbindung nicht erhöht

Die sogenannte Tariflohnspflicht führt zwar teilweise zu höheren Löhnen, nicht aber zu mehr Tarifverträgen.

Infopost Altenpflege: Seit September 2022 gilt für Pflegeeinrichtungen die sogenannte Tariflohnspflicht. Bedeutet das, dass nun überall in der Pflege Tariflöhne gezahlt werden?

Michaela Evans-Borchers: Die Pflegeeinrichtungen haben drei Optionen: die Bindung an einen Tarifvertrag oder eine kirchliche Arbeitsrechtsregelung, die sogenannte Tariforientierung bei der Bezahlung oder die Entlohnung nach dem »regional üblichen Entlohnungsniveau«. Der Begriff Tariflohnspflicht führt also etwas in die Irre: Es gibt keine Verpflichtung, Tarifverträge vollständig anzuwenden. Bei der Tariforientierung müssen nur bestimmte tarifvertragliche Entgeltbestandteile berücksichtigt werden. Beim »regional üblichen Entlohnungsniveau« muss die Bezahlung in den Beschäftigten- bzw. Qualifikationsgruppen nur dem Durchschnitt der regionalen Tarifverträge und kirchlichen Regelungen entsprechen, zudem dürfen die pfegetypischen Zuschläge nicht unterschritten werden. Zu sagen, jetzt wird überall nach Tarif bezahlt, ist also nicht richtig.

Sie haben für Nordrhein-Westfalen untersucht, wie sich die Vorgaben auswirken. Was haben Sie herausgefunden?

Julia Lenzen: Für tarifgebundene Einrichtungen hat sich eigentlich nichts geändert – außer, dass sie die Daten liefern müssen, von denen tariflose Betriebe profitieren. Bei Letzteren hat sich die Entlohnung tatsächlich verbessert, auch wenn wir den Effekt des Gesetzes nicht genau quantifizieren können. Ein Indikator sind jedoch Personalkostensteigerungen zwischen 30 und 40 Prozent bei Pflegeeinrichtungen, die weder tarifgebunden sind noch zuvor einen Tarifvertrag anwendeten. Es profitieren allerdings nicht alle Beschäftigtengruppen von Lohnsteigerungen gleichermaßen, denn die Vorgaben greifen



Julia Lenzen ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut Arbeit und Technik (IAT) der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen.



Michaela Evans-Borchers ist Direktorin des Forschungsschwerpunkts Arbeit und Wandel am Institut Arbeit und Technik (IAT) der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen.

privat (2)

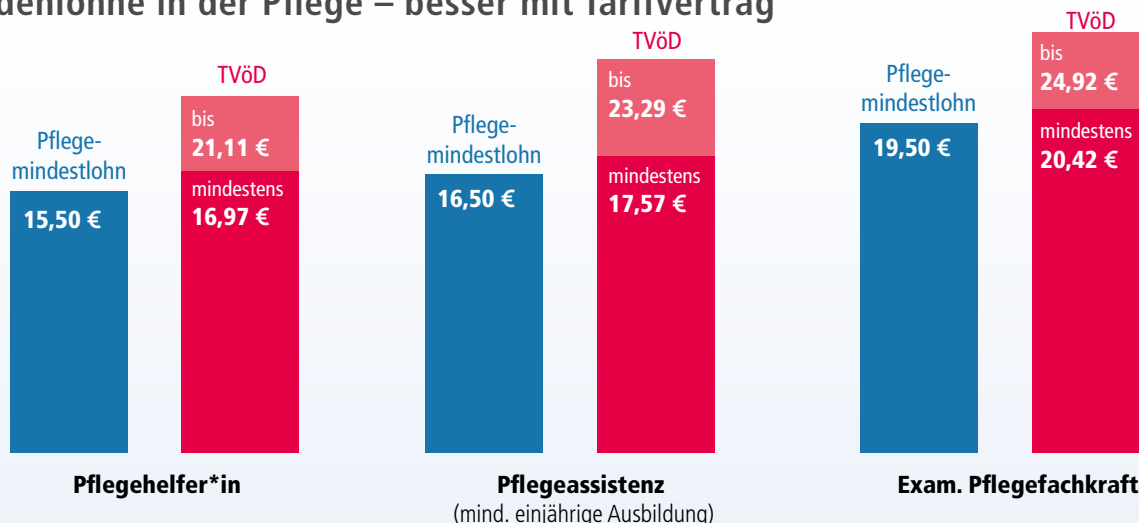
nur für Beschäftigte, die überwiegend in der Pflege oder Betreuung tätig sind. Von diesen haben Fachkräfte stärker profitiert als Un- und Angelernte. Wozu die Regelung nicht führt, ist eine höhere Tarifbindung. Die wenigsten Arbeitgeber haben deswegen neue Tarifverträge abgeschlossen.

Warum ist die Erhöhung der Tarifbindung wichtig?

Julia Lenzen: Wirkliche Verlässlichkeit gibt es nur mit unmittelbarer Bindung an einen Tarifvertrag. Nur dann können Beschäftigte sicher sein, dass sie von allen Zuschlägen und anderen Bestandteilen profitieren. Denn Tarifverträge regeln nicht nur die Entlohnung, sondern auch Arbeitszeiten, Urlaub, Weiterbildung und vieles mehr. Studien zeigen, dass es neben einer angemessenen Bezahlung auch weitere gute Arbeitsbedingungen braucht, um die Pflege attraktiv zu machen, Menschen zur Rückkehr in den Beruf zu bewegen oder im Beruf zu halten.

Das vollständige Interview: t1p.de/tarifbindung-altenpflege

Stundenlöhne in der Pflege – besser mit Tarifvertrag



Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD), inklusive allgemeiner Zulage und Pflegezulage, Entgeltstufe 1 bis 6, da die Jahresonderzahlung im TVöD (84,51 Prozent eines Monatslohns) nicht berücksichtigt ist, ist die tatsächliche Differenz zum Mindestlohn noch größer.

»Wir müssen gut organisiert sein«

Die Beschäftigten bei Vitanas in Riesa und Bautzen haben eine Lohnerhöhung von 14 Prozent durchgesetzt.

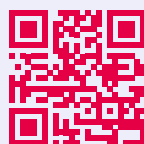
Das hat sich gelohnt: Um insgesamt 14 Prozent steigen die Löhne in den Vitanas-Seniorenzentren Riesa und Bautzen – je nach Beschäftigtengruppe sind das 300 bis 520 Euro mehr im Monat. »Auf diesen Tarifabschluss gab es nur positive Rückmeldungen«, berichtet die Pflegehelferin und Betriebsrätin Christine Jentsch aus Riesa. »Und in einem Jahr haben wir die Chance, weitere Erhöhungen durchzusetzen. Denn dann starten wir frühzeitig in die Tarifverhandlungen für 2026.«

Dieses Mal habe es nämlich recht lang gedauert, bis die Tarifverhandlungen in Gang kamen. »Wir mussten die Kolleginnen und Kollegen erst überzeugen, dass wir gut organisiert sein müssen, um etwas zu erreichen«, erläutert Christine Jentsch, die sich in der ver.di-Tarifkommission engagiert. Das sei gar nicht einfach gewesen, denn manche meinten, sie könnten auch dann von Lohnerhöhungen profitieren, wenn sie kein ver.di-Mitglied sind. »Die Mitglieder der Tarifkommission haben viele Gespräche geführt und erklärt, dass wir nur gemeinsam Verbesserungen durchsetzen können. Das hat schließlich geklappt.« Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den zwei sächsischen Pflegeeinrichtungen – in denen ver.di erstmals 2019 einen Tarifvertrag durchsetzte – stieg wieder deutlich an.

Etliche Beschäftigte beteiligten sich zudem an einer Foto-Petition, mit der sie für die Tarifforderungen Gesicht zeigten. »Der Arbeitgeber hat gemerkt, dass die Leute dahinter stehen. Das hat etwas gebracht«, ist Christine Jentsch überzeugt. Letztlich nützte die Tarifeinigung aber auch dem Unternehmen, argumentiert die Betriebsrätin. »Wir haben im Umkreis von ein paar hundert Metern fünf Pflegeeinrichtungen. Da spricht es sich schnell rum, wie wo bezahlt wird. Da wir einen guten Tarifvertrag haben, stehen wir bei der Personalgewinnung recht gut da.«



Vitanas-Beschäftigte zeigen Gesicht und machen klar: Sie sind unverzichtbar.



Mach auch du mit:
mitgliedwerden.verdi.de



Aktionen am Tag der Pflegenden

In ver.di organisierte Pflegekräfte haben auch zum diesjährigen Internationalen Tag der Pflegenden, dem 12. Mai, mit Aktionen auf ihre Belange aufmerksam gemacht. So zog zum Beispiel das Bündnis »Pflege.Auf.Stand. Rheinland-Pfalz« am Vorabend durch Mainz. Bei Kundgebungen vor der Landespflegekammer, dem Gesundheitsministerium, dem Landtag und dem Mainzer Dom thematisierten die Demonstrierenden die Missstände im Gesundheitssystem. In Oberhausen besuchten ver.di-Aktive verschiedene Pflegeeinrichtungen und kamen mit den Kolleg*innen ins Gespräch (siehe Foto). Denn Verbesserungen gibt es nur, wenn sich die Betroffenen selbst dafür engagieren.

Südwesten ohne Kammer

Mehr als 53.000 Pflegefachpersonen haben Einspruch gegen ihre Registrierung für die Pflegekammer Baden-Württemberg eingelegt. Damit wurde das erforderliche Quorum zur Gründung der Kammer klar verfehlt, obwohl aktiv widersprochen werden musste – eine hohe Hürde. Die Landesregierung zieht die nötige Konsequenz: Der Errichtungsprozess wird gestoppt, der Gründungsausschuss aufgelöst. ver.di-Landesbezirksleiter Martin Gross kommentierte: »Ein ausgesprochen undemokratisches Verfahren findet damit doch noch einen demokratischen Ausgang.«

➔ t1p.de/sw-ohne-kammer

Mehr Kompetenzen!

Die Bundesregierung arbeitet an einem Gesetz, das die Kompetenzen der Pflege stärken soll. Demnach sollen Pflegefachkräfte eigenständig heilkundliche Tätigkeiten ausüben dürfen, für die sie auch ausgebildet sind. Die Sprecherin der ver.di-Bundesfachkommission Pflege, Birgit Onori, hält das für einen richtigen Ansatz. »Das ist unbedingt sinnvoll und wäre ein Schritt in Richtung interdisziplinären Arbeitens auf Augenhöhe«, ist die Gewerkschafterin überzeugt. In einem Kommentar betont sie, wichtig seien klare Regelungen und Durchlässigkeit.

➔ t1p.de/pflegefacharbeit

53.000 für gleiche Rechte

Mehr als 53.000 Menschen haben die ver.di-Petition »Gleiches Recht für kirchlich Beschäftigte« unterschrieben. »Die Resonanz macht deutlich, dass sich viele Menschen ein Ende des kirchlichen Sonderwegs im Arbeitsrecht wünschen«, erklärte der Mitinitiator der Petition, Daniel Wenk. Ob die Bundesregierung die Sonderregeln und Ausnahmen für Kirchen im Betriebsverfassungsgesetz und im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz streichen wird, ist immer noch unklar. Klar ist: Die ver.di-Aktiven bleiben dran und machen weiter Druck für gleiche Rechte.

➔ gleichesrecht.verdi.de

DIE GOLdene BETTPFANNE

Das Streikrecht steht unter Beschuss. Die Neoliberalen in Union, FDP und Unternehmerverbänden holen ihre altbekannten Forderungen nach einer Einschränkung dieses Grundrechts aus der Mottenkiste. Schützenhilfe bekommen sie vom Geschäftsführer der Evangelischen Heimstiftung, Bernhard Schneider, der in einer Stellungnahme zur ver.di-Petition für gleiche Rechte kirchlich Beschäftigter (gleichesrecht.verdi.de) behauptet, die geforderte Abschaffung des kirchlichen Sonderrechts könne »flächendeckende Streiks« in Pflegeheimen nach sich ziehen. Deshalb schlägt das Vorstandsmitglied im Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland (VddD) vor, den sogenannten Dritten Weg »auf alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge zu übertragen«. Lohnfestsetzung in Hinterzimmern ohne echte Beteiligung der Beschäftigten, Abschaffung der Tarifautonomie und Zwangsschlichtung für alle? Für diesen antidemokratischen Vorstoß hat sich der Kirchenmanager die Goldene Bettpfanne verdient.



Bernhard Schneider
Geschäftsführer der
Evangelischen Heimstiftung

TERMINE

1. bis 5. Juli 2024
»Tour de Pflege« vom Bündnis
Pflege.Auf.Stand Rheinland-Pfalz
➔ pfausta.de/tour-de-pflege-2024/

19./20. September 2024
ver.di-Fachtagung Altenpflege in
Berlin. Anmeldung: ➔ t1p.de/1q9us

28. bis 30. Oktober 2024
Seminar für betriebliche Interes-
senvertretungen zur Personal-
bemessung in der Altenpflege in
Saalfeld, Thüringen ➔ t1p.de/nkb8

18. bis 22. November 2024
ver.di-Aktionswoche Altenpflege

Mein Frei gehört mir – Bastelanleitung

Einspringen? Kurzfristig?

Tut mir leid, am nächsten Samstag müssten Sie Einspringen ...

Ist mir zu kurzfristig.

BR / PR / MAV hat nicht zugestimmt*

Nein, danke.

Was bieten Sie mir dafür?

Und Sie nehmen meine Kinder?

Unser Dienstplan ist verbindlich.

Tobias Michel
Matthias Berghahn

* Dir fehlt eine betriebliche Interessenvertretung? Schutzlose müssen nochmal würfeln!

IMPRESSUM

Vi.S.d.P.: Sylvia Bühler, ver.di-Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin
Redaktionsrat: ver.di-Bundesfachkommission Altenpflege, Bearbeitung: Daniel Behruzi,
Matthias Gruß; Gestaltung: werkzwei, Detmold; Druck: Gottschalk Druck & Medien, Berlin,
Auflage: 12.000

altenpflege.verdi.de

facebook.com/altenpflege.aktiv